



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
25. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.03.2022	
Sitzungsbeginn:	16:15 Uhr	
Sitzungsende:	18:23 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Stefan Krause - CDU		Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Michelle Akyurt
Sandra Odendahl - SPD		
Dr. Werner Vieler - AfD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Volker Krause - BfL		
Luisa Kruse - FDP		Vertretung für: Herrn Dr. Axel Walther
Andreas Müller - DIE LINKE		
Volker Nehrhoff - CDU		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Beiratsmitglieder		
Gerhard Tartemann - Seniorenbeirat		
Verwaltung		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Dirk Schmäuser - FB 2.500		zu TOP 5.2
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung		
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen		bis TOP 11.1
Dr. Gerhard Bender - 2.530 Gesundheitsamt		zu TOP 4.1

Philipp Köhler - 2.000.2 Stabsstelle Integration	zu TOP 4.3
Christiane Rösing -	zu Top 4.2
Julia Schiffner - Gesundheitsamt	
Anke Seeberger - 2.000.2 Stabsstelle Integration	zu TOP 4.3
Ulrike Tietz - 2.530 - Gesundheitsamt	zu TOP 7.2
Christiane Wasmund - 2.530 Gesundheitsamt	zu TOP 7.1
Protokollführung	
Siglinde Justin - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende	Abwesenheit entschuldigt
Aneta Wolter - CDU	Abwesenheit entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	Abwesenheit entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilung von Herrn Senator Schindler zur Ukraine-Krise	
3.2	Mitteilung von Frau Schwartz zu den präventiven Hausbesuchen	
3.3	Mitteilung von Herrn Senator Schindler zum Armuts- und Sozialbericht	
4	Berichte	
4.1	Gesundheitsbericht 2015 bis 2021	VO/2022/10817
4.2	Mündlicher Bericht zur digitalen Ausschreibung von Beförderungsaufträgen	
4.3	Kriterien bei Übersetzungen für Migrant:innen und Menschen mit Migrationshintergrund	VO/2022/10853
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Lübecker Mietspiegel 2021	VO/2021/10706
5.2	Finanzierung der Lübecker Frauenhäuser nach Entscheidung des Landesministeriums über die Reform der Richtlinie des FAG	VO/2022/10851
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Andreas Müller (DIE LINKE), AM Dr. Axel Walther (FDP Fraktion): Integration eines Drogenkonsumraums in die Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen	VO/2022/10848
7.2	AM Puja Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aydin Candan (SPD), Andreas Müller (DIE LINKE), Gregor Voht (Freie Wähler), Ivo Tobias Zsiros (Die Unabhängigen): Einrichtung eines Lübecker Krisendienstes	VO/2022/10863

7.2.1	ÄA zu VO10863: Einrichtung eines Lübecker Krisendienstes AM Aydin Candan (SPD), Dr. Carsten Grohmann (CDU), Gregor Voht (Freie Wähler):	VO/2022/10863-01
8	Verschiedenes	
8.1	Verabschiedung von Herrn Senator Schindler durch den Ausschussvorsitzenden	
8.2	Abschiedsworte von Herrn Senator Schindler	
9	Ende des öffentlichen Teils	
14	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Angelika Büche, Frau Luisa Kruse, Herrn Stefan Krause und Herrn Helmut Müller-Lornsen mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende erklärt, dass für den TOP 11.1 – Mitteilung Herr Senator Schindler zur Zukunftsentwicklung der SeniorInnenEinrichtungen folgende Mitarbeitenden der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil anwesend sein müssen:

Herr Blank vom Fachbereichscontrolling, Herr Senator Schindler, Frau Justin für die Protokollführung und Herr Wadehn als Leiter der Städtischen SeniorInnenEinrichtungen. Zudem berührt der Beratungsgegenstand die Interessen von Senior:innen, so dass auch Herr Tarmann als Mitglied des Beirates für Senior:innen anwesend sein wird.

Hierüber lässt der Vorsitzende abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme der benannten Personen am nichtöffentlichen Teil..

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2021

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilung von Herrn Senator Schindler zur Ukraine-Krise

Herr Senator Schindler informiert die Ausschussmitglieder über die bei der Hansestadt Lübeck laufenden Vorbereitungen hinsichtlich der zu erwartenden Flüchtlingswelle.

Ergänzend weist er darauf hin, dass kurz vor Sitzungsbeginn die Internetseite „Ukraine-Hilfen Lübeck“ online gestellt worden ist.

Auf dieser unter der Leitung der Kolleg:innen Frau Rupp und Herrn Dr. Ilse von der Stabstelle Koordination Ehrenamt erstellten Seite finden sich vielfältige Informationen für Bürger:innen, für Geflüchtete und für die vielen Lübecker:innen, die angesichts des Konfliktes in der Ukraine den in Not geratenen Menschen helfen möchten.

Um eine schnellstmögliche Beantwortung aller Fragen und die zielgerichtete Koordinierung der Hilfen sicherzustellen, hat die Hansestadt Lübeck für diese Anliegen eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die wie folgt kontaktiert werden kann:

E-Mail: ukraine-hilfen@luebeck.de
Telefon: 0451 - 122 2040.

Zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine werden auch in den Gemeinschaftsunterkünften Vorbereitungen getroffen. Herr Schindler weist auf die hierfür notwendige Aussetzung des Entzerrungsbeschlusses hin.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilung von Frau Schwartz zu den präventiven Hausbesuchen

Frau Schwartz teilt mit, dass die Hansestadt Lübeck das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche in Moisling“ in Kooperation mit dem Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e.V., Regionalstelle Lübeck um weitere 13 Monate bis zum 31. Januar 2023 verlängert hat. Ziel und Inhalt des Angebotes ist die Aufklärung, Sensibilisierung und Information älter werdender Menschen über Möglichkeiten der sozialen und medizinischen Vorsorge, um ein möglichst langes, selbstbestimmtes und mitverantwortliches Leben im vertrauten Wohnumfeld zu unterstützen.

Die Ansprache erfolgt weiterhin durch eine spezialisierte Fachkraft der Caritas Lübeck, die auf Anfrage in die Häuslichkeit kommt. Sie informiert zu persönlichen Anliegen und vermittelt Zugänge zu gesundheitlichen und sozialen Angeboten, technisch-digitalen Hilfen oder altersgerechter Wohnraumanpassung, so dass älter werdende Menschen möglichst lange selbstbestimmt und mitverantwortlich im vertrauten Wohnumfeld leben können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Mitteilung von Herrn Senator Schindler zum Armuts- und Sozialbericht

Herr Senator Schindler teilt mit, dass angestrebt wird, den Armuts- und Sozialbericht zum Ende des Jahres 2022 fertigzustellen. Fakten und Analysen werden auch mit Blick auf Kinder und Jugendliche zusammengetragen. Das Begleitgremium hat sich mit der angewandten Vorgehensweise einverstanden erklärt.

Herr Senator Schindler macht darauf aufmerksam, dass sich bislang nicht alle politischen Parteien aktiv im Begleitgremium einbringen, und damit auch über die dort besprochenen Themen regelmäßig nicht informiert sind. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Gesundheitsbericht 2015 bis 2021
Vorlage: VO/2022/10817

Herr Dr. Bender erläutert Zeitschiene und Prozess der Entstehung des Gesundheitsberichtes.

Hinsichtlich einer ergänzenden Frage von Herrn Dr. Fiedler, inwieweit aus dem Bericht erkennbar sei, dass sich die Parkplatzmisere für Pflegedienste mittlerweile verändert habe, verweist Herr Dr. Bender auf eine Handlungsempfehlung im Pflegebedarfsplan.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2 Mündlicher Bericht zur digitalen Ausschreibung von Beförderungsaufträgen

Eine Umstellung des Ausschreibungsverfahrens auf eine digitale Anwendung- ähnlich dem transparenten Online-Ausschreibungsverfahren der Krankenkassen - kann aus datenschutzrechtlichen Gründen bei der Hansestadt Lübeck nicht umgesetzt werden.

Die Krankenkassen arbeiten zusammen mit der Firma DeTouro; mit dieser Firma hatte auch die Abteilung Eingliederungshilfe Kontakt aufgenommen. Gemeinsam wurde der Bedarf ermittelt, dann wurde von dort ein digitales Online-Verfahren für Beförderungsfahrten des leistungsberechtigten Personenkreises der Eingliederungshilfe entwickelt und der Abteilung Eingliederungshilfe vorgestellt.

Die personengebundenen Daten der Nutzenden des Online-Portals werden in einer Cloud der Firma DeTouro gespeichert, also nicht auf einem Server der Hansestadt Lübeck. In diesem Verfahren werden hochsensible personenbezogene Daten gem. Art. 9 DSGVO nicht on premise (Nutzung in den eigenen Räumlichkeiten vor Ort oder lokal, serverbasiert), sondern per Saas (Pay per use – viel nutzen und wenig bezahlen, Schaltung auf die benötigten Programme, wenn diese tatsächlich gebraucht werden) verarbeitet. Aus datenschutzrechtlichen und IT-Sicherheits-Gründen hat der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck angewiesen, dass personenbezogene Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c und e DSGVO ausschließlich on premise verarbeitet werden. Hiervon ausgenommen sind die Verfahren über den Landesvertrag mit Dataport.

Insofern scheidet die Nutzung dieses Online-Portals gegenwärtig aus.

Andere Online-Verfahrensanbieter mit entsprechenden datenschutzrechtlich konformen Konzepten sind hier nicht bekannt.

Im Zuge der verpflichtenden Einführung bzw. Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ist die Digitalisierung der Ausschreibungen von Beförderungsanträgen in ein Gesamtkonzept der Hansestadt Lübeck von Digitalisierungsvorhaben zu gegebener Zeit einzuplanen.

Ab Januar 2022 wird das Beförderungsverfahren für Taxifahrten umgestellt. Eltern müssen 2 Angebote von unterschiedlichen Taxiunternehmen vorlegen. Das günstigere erhält den Zuschlag. So werden mehr Taxiunternehmen davon partizipieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.3 Kriterien bei Übersetzungen für Migrant:innen und Menschen mit Migrationshintergrund
Vorlage: VO/2022/10853

Frau Seeberger und Herr Köhler stellen kurz die Inhalte und das Entstehen des Berichtes dar.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Lübecker Mietspiegel 2021**
****Vorlage: VO/2021/10706****

Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Kontaktbeschränkungen wurde die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 01.02.2022 als Präsenzsitzung abgesagt; stattdessen erfolgte ausschließlich zu dieser Vorlage eine 90-minütige Live-Online-Informationssitzung des Ausschusses über die Plattform Webex. In dieser Sitzung führte Herr Senator Schindler die Ausschussmitglieder in das Thema Lübecker Mietspiegel ein; im Anschluss berichtet Herr Hühn von der F & B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH von der Entstehung des Lübecker Mietspiegels anhand einer Präsentation. Abschließend lud Herr Senator Schindler die Beteiligten ein, im Nachgang auftretende Fragen noch schriftlich an die Geschäftsführung des Ausschusses zu übersenden, die diese zur Beantwortung weiterleiten wird. Von diesem Angebot wurde Gebrauch gemacht, die Fragen wurden schriftlich beantwortet.

Mit der Infoveranstaltung wurde der Ausschuss formell informiert und der Vorlage faktisch zugestimmt; so konnte die Vorlage dann in der Sitzung am 24.2.22 in der Bürgerschaft beschlossen werden konnte.

Die Vorlage steht deshalb erst heute auf der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 5.2 **Finanzierung der Lübecker Frauenhäuser nach Entscheidung des Landesministeriums über die Reform der Richtlinie des FAG**
****Vorlage: VO/2022/10851****

Herr Schmüser fasst noch einmal die wesentlichen Inhalte der Vorlage zusammen. Herr Müller und Herr Grohmann betonen, dieser Vorlage sehr gerne zuzustimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird mit dem Abschluss von Budgetverträgen

- **mit dem autonomen Frauenhaus des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. über einen Budgetbetrag in Höhe von 273.921,90 €**

sowie

- **mit dem Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) über einen Budgetbetrag in Höhe von 59.482,05 €**

rückwirkend ab 01.01.2022 beauftragt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
Vertagung		

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Andreas Müller (DIE LINKE), AM Dr. Axel Walther (FDP Fraktion): Integration eines Drogenkonsumraums in die Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen
Vorlage: VO/2022/10848**

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung 2022 prüfen,

wie die Integration eines Drogenkonsumraums direkt im Zuge der Neuerrichtung der Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen (VO/2021/10332) oder im Verlauf der nächsten Jahre ermöglicht werden kann. Als Beispiel möchten wir auf die Arbeit des Drogenhilfezentrums (DHZ) in Bielefeld hinweisen.

Hierbei sollen folgende Aspekte geprüft werden:

- **Kosten**
- **Standorteignung & Erreichbarkeit anderer sozialer/medizinischer Einrichtungen**
- **sicherheitspolitische Einschätzung des Standortes**
- **Dauer der Planung und Umsetzung**

Es entsteht eine angeregte Diskussion zwischen den Ausschussmitgliedern.

Herr Voht macht klar, dass er sich angesichts der neuen Landesverordnung nun nicht mehr gegen einen Drogenkonsumraum sperre, wohl aber gegen die Integration eines Drogenkonsumraumes in die Begegnungsstätte.

Vorgeschlagen wird, unter der im Mai 2022 ihren Dienst aufnehmenden neuen Fachbereichsleitung Frau Steinrücke ein moderiertes Verfahren anzuschieben.

Herr Senator Schindler weist darauf hin, dass eine Substitutionsambulanz ebenfalls noch im Gespräch sei; einen Drogenkonsum an diesem Standort dürfe es in jedem Falle nicht geben.

Die Ausschussmitglieder Frau Büche, Herr Müller und Frau Kruse sind mit dem Vorschlag des moderierten Verfahrens einverstanden und ziehen den Antrag für Ihre Fraktionen zurück.

**zu 7.2 AM Puja Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Dr. Carsten Grohmann (CDU), Aydin Candan (SPD), Andreas Müller (DIE LINKE), Gregor Voht (Freie Wähler), Ivo Tobias Zsiros (Die Unabhängigen): Einrichtung eines Lübecker Krisendienstes
Vorlage: VO/2022/10863**

Es entsteht ein reger Austausch über die richtige Formulierung des Beschlussvorschlages zwischen Frau Friemer, Herrn Müller und Frau Odendahl.

Frau Tietz schlägt vor, diesen Antrag mit in eine reguläre Sitzung des in dem Antrag beschriebenen Teilnehmerkreise – bislang ohne KISS – zu nehmen.
Das nächste Treffen wird planmäßig im August 2022 stattfinden.
Die Ausschusssitzung wird für 10 Minuten unterbrochen, damit die Ausschusmitglieder eine neue Formulierung des Antrages abstimmen können.
Dauer der Unterbrechung 17:40 Uhr bis 17:52 Uhr.

Dem interfraktionellen Antrag mit dem jetzt abgeänderten Beschlussvorschlag schließen sich auch die Fraktionen der BfL, der FDP und der AfD an:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich in Q3/22 mit der Leitung des Aneos Klinikums, des UKSH, der Vorwerker Diakonie (Jugendpsychiatrie), Vertretern der Krankenkassen, der kassenärztlichen Vereinigung und anderen Trägern der Stadt, die psychiatrische Krisenintervention anbieten, sowie mit zwei Betroffenen von psychischer Erkrankung (KISS) zusammen zu finden um eine Einschätzung der derzeitigen Lage des Angebots für Kriseninterventionen für psychisch Kranke vorzunehmen.

Gepprüft werden soll eine Erweiterung des Angebots zum Beispiel in Form eines „Lübecker Krisendienstes“ nach dem Vorbild Berlins und anderer deutscher Städte.

Der Bericht soll bis Ende Q3/22 dem Sozialausschuss vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2.1 ÄA zu VO10863: Einrichtung eines Lübecker Krisendienstes
AM Aydin Candan (SPD), Dr. Carsten Grohmann (CDU), Gregor Voht (Freie Wähler):
Vorlage: VO/2022/10863-01**

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, bis zum Juli 2022 im Sozialausschuss über das Kriseninterventionsangebot für Menschen in akuten psychischen Krisen in der Hansestadt Lübeck zu berichten. Bei der Berichterstattung sollen auch Angebote, die in der Verantwortung des Landes Schleswig-Holsteins (z.B. UKSH) und anderen Trägern, die psychiatrische Krisenintervention anbieten (z.B. Aneos Klinikum, Vorwerker Diakonie), berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister wird zudem gebeten zu prüfen, ob es Verbesserungsbedarfe in der Versorgung von Menschen in akuten psychischen Krisen in Lübeck gibt, inwieweit dies in die Zuständigkeit der Hansestadt Lübeck oder des Landes Schleswig-Holsteins fällt und, falls ein Optimierungsbedarf besteht, Versorgungsmodelle, z.B. ähnlich des

"Berliner Kriseninterventionsdienstes" oder anderer deutscher Städte aufgebaut werden sollte.

Die Beschlussvorlage wird zurückgezogen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, bis zum Juli 2022 im Sozialausschuss über das Kriseninterventionsangebot für Menschen in akuten psychischen Krisen in der Hansestadt Lübeck zu berichten. Bei der Berichterstattung sollen auch Angebote, die in der Verantwortung des Landes Schleswig-Holsteins (z.B. UKSH) und anderen Trägern, die psychiatrische Krisenintervention anbieten (z.B. Ameos Klinikum, Vorwerker Diakonie), berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister wird zudem gebeten zu prüfen, ob es Verbesserungsbedarfe in der Versorgung von Menschen in akuten psychischen Krisen in Lübeck gibt, inwieweit dies in die Zuständigkeit der Hansestadt Lübeck oder des Landes Schleswig-Holsteins fällt und, falls ein Optimierungsbedarf besteht, Versorgungsmodelle, z.B. ähnlich des "Berliner Kriseninterventionsdienstes" oder anderer deutscher Städte aufgebaut werden sollte.

Die Vorlage wird durch die Ausschussmitglieder Candan, Grohmann und Voht zurückgezogen.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Verabschiedung von Herrn Senator Schindler durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Dr. Lengen dankt Herrn Senator Schindler für seine Arbeit und seinen Einsatz in den vergangenen 12 Jahren.

zu 8.2 Abschiedsworte von Herrn Senator Schindler

Herr Senator Schindler berichtet von seinen 12 Jahren als Senator der Hansestadt Lübeck, erinnert an die herausforderndsten Themen in seiner Amtszeit, wagt Prognosen für die Zukunft und bedankt sich bei seinen Mitarbeiter:innen..

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:11 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:12 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 14 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst, es wurden lediglich Mitteilungen gemacht.

Lübeck, den 15. Juni 2022

Dr. Marek Lengen
Vorsitzende/r

Frau Siglinde Justin
Protokollführung